

Der Jemen am Scheideweg: Demokratisierung oder Bürgerkrieg?

Annette Büchs

Am 5. Juni 2011 verließ der jemenitische Präsident Ali Abdallah Saleh inmitten von Massenprotesten, die sich seit fünf Monaten gegen seine autoritäre Herrschaft richten, sein Land. Er begab sich nach Saudi Arabien, um sich dort von seinen schweren Verletzungen zu kurieren, die er sich kurz zuvor bei einer Explosion auf seinem Palastgelände zugezogen hatte.

Analyse

Obwohl Vizepräsident Abd Rabu Mansour Hadi, der inzwischen die Amtsgeschäfte im Jemen übernommen hat, betont, dass Präsident Saleh binnen kurzer Zeit zurückkehren werde, feiern die Anti-Saleh-Demonstranten bereits ihren Erfolg. Zunehmend überschatten jedoch gewalttätige Konflikte die friedliche demokratische Protestbewegung, so dass der Jemen am Scheideweg zu stehen scheint. Ist ein Bürgerkrieg zu befürchten oder beschreitet der Jemen, so wie es sich die Demonstranten wünschen, „den ersten Kilometer der Würde“?

- Wie in anderen arabischen Staaten künden auch die Proteste im Jemen vom zunehmenden Unwillen großer Teile der Bevölkerung, die Herrschaft autoritärer Präsidenten weiter hinzunehmen.
- Je länger jedoch das durch die Abreise Salehs verursachte Machtvakuum andauert und kein Richtungswechsel hin zu demokratischen Reformen stattfindet, desto größer ist die Gefahr einer Eskalation der Gewalt.
- In erster Linie drohen die Sezession des Südens, der Machtzuwachs der Huthi-Rebellen im Norden, die Ausbreitung von al-Qa'ida sowie eine Verschärfung von Stammeskonflikten, insbesondere durch die traditionelle Rivalität zwischen der mächtigen al-Ahmar Familie und den engsten Verwandten von Präsident Saleh, welche das Militär und die Sicherheitskräfte zu maßgeblichen Teilen kontrollieren.
- Gleichzeitig könnte sich eine historische Gelegenheit zum Wandel auftun. Die Protestbewegung hat sich neue Formen der Mobilisierung erschlossen und kann zudem an bereits gemachte Erfahrungen des nationalen Dialogs von 1993 anknüpfen. Darüber hinaus wachsen erste Keime eines neuen gesamtstaatlichen Nationalismus, weil viele Demonstranten erkennen, dass die häufig dem Süden zugeschriebenen Missstände keinesfalls partikular sind.

Schlagwörter: Jemen, arabischer Frühling, Protestbewegung, al-Qa'ida

Sozialstruktur und Konfliktlage im Jemen¹

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von nur 1100 USD pro Kopf ist der Jemen das Armenhaus der arabischen Welt.² 45 Prozent der jemenitischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Zusätzlich herrscht ein beträchtlicher Bevölkerungsdruck: 65,5 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre und fast die Hälfte davon arbeitslos.³ Dazu kommt, dass der Jemen bereits vor dem Ausbruch der Massenproteste zu Beginn 2011 von Konflikten gezeichnet war: Eine secessionistische Bewegung im Süden des Landes schien die Vereinigung des nord- und südjemenitischen Staates von 1990 zu gefährden. Im Norden befand sich der Staat seit 2004 immer wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Huthi-Rebellen, die sich gegen die Marginalisierung ihrer Region auflehnen. Außerdem suchte das internationale islamistische Terrornetzwerk al-Qa'ida von der schwachen Staatlichkeit des Jemen – der Staat war bislang nicht in der Lage, gegenüber den Stämmen eindeutig das Gewaltmonopol zu errichten –, zu profitieren. Seit dem Zusammenschluss der saudischen und der jemenitischen al-Qa'ida im Jahr 2009 avancierte der Jemen zu einer immer bedeutenderen Basis für al-Qa'ida.

Die Herrschaft des Saleh-Regimes

Staatsoberhaupt der Präsidentialrepublik Jemen ist seit der Vereinigung von Nord- und Südjemen im Jahr 1990 Ali Abdullah Saleh, dessen Ein-Mann-Herrschaft auf drei zentralen Säulen der Macht beruht:

1. dem Militär und den Sicherheitskräften;
2. der Bildung informeller Patronage-Netzwerke, die die formalen staatlichen Strukturen durchziehen und
3. den Stammesführern, die in diesen Netzwerken eine Schlüsselstellung einnehmen.

Während Militär und Sicherheitsdienste das repressive Rückgrat der Herrschaft darstellen, be-

dient sich das Saleh-Regime vor allem der Kooptation als Machtinstrument. Hierbei wird die politische Loyalität von Individuen durch das Anbieten materieller Anreize, Prestigegewinn oder den Zugang zu Ressourcen gesichert. Das Saleh-Regime entwickelte eine bemerkenswerte Fertigkeit in der Knüpfung von informellen Patronagenetzwerken, die sich durch nahezu alle staatlichen Institutionen ziehen. Ziel ist es, auf diese Weise deren unbedingte Loyalität zum Präsidenten zu sichern. Oft decken sich diese Netzwerke auch mit entsprechender Familien- oder Stammeszugehörigkeit. Die höchsten Posten, vor allem im Militär und in den Sicherheitsdiensten, sind somit fast vollständig mit den engsten Verwandten des Präsidenten besetzt.

Auch die jemenitischen Stämme nahmen in diesem System eine bedeutende Rolle ein. Zahlreiche ihrer Führer wurden von Saleh kooptiert, um somit die Folgsamkeit des gesamten Stammes zu sichern. Dies hatte zweierlei Konsequenzen: Einerseits konnten sich die Stämme im Gegenzug eine große Autonomie vom Staat bewahren. Große Gebiete im Norden des Landes entzogen sich so dem Zugriff staatlicher Strukturen und folgten stattdessen dem traditionellen Gewohnheitsrecht der Stämme. Andererseits griff der Präsident mit seiner Kooptationspolitik in die traditionellen Stammesstrukturen ein und schwächte die Gefolgschaft der Stammesmitglieder gegenüber ihren eigenen Stammesführern. Diese wurden zunehmend nicht mehr als Interessenvertreter des Stammes bei der Regierung in Sana'a betrachtet sondern – im Gegenteil – als Interessenvertreter der Regierung in Sana'a beim eigenen Stamm.

Auf Grund des starken Rückgriffs des Saleh Regimes auf Kooptation bediente es sich insgesamt seltener direkter Repressionsmittel als etwa Präsident Mubarak in Ägypten, wo willkürliche Polizeigewalt und Folter das Alltagsleben der Bevölkerung stark prägten. Dennoch war es in den letzten Jahren zu einer sukzessiven, jedoch deutlichen Verengung des politischen Raumes gekommen, die mit einer Zunahme von Korruption und Repression einherging.

Politische Deliberalisierung

Mit der Vereinigung der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Volksdemokratischen Republik Jemen (Südjemen) am 22. Mai 1990 wur-

1 Redaktionsschluss war der 24.06.2011; Entwicklungen nach diesem Datum konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

2 Vgl. <www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/Wirtschaftsdaten_Jemen.pdf>. Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf variieren allerdings stark. Die Weltbank zum Beispiel spricht von 2300 USD.

3 Vgl. www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12343166.

de Ali Abdallah Saleh, der seit 1978 Staatsoberhaupt des Nordjemens gewesen war, Präsident der neuen Republik. Nach der Vereinigung kam es zunächst zu einer beachtlichen Öffnung des politischen Raumes. Parteien, eine relativ freie Presse und eine zunehmend selbstbewusste Zivilgesellschaft entstanden. Insbesondere letztere wies – anders als in den meisten anderen Staaten der Region zu dieser Zeit – eine tatsächliche Unabhängigkeit von der Regierung auf. Seit dem Ende des kurzen jemenitischen Bürgerkrieges im Jahr 1994 kam es jedoch zu einer Einschränkung des politischen Spielraumes. Während Präsident Saleh von 1990 bis 1994 in einer relativ breiten Koalition regiert hatte und das Regierungssystem noch Elemente einer Mischform aus präsidentialer und parlamentarischer Struktur aufwies, verengte sich die Machtbasis des Regimes seither kontinuierlich und schrumpfte auf die Ein-Mann-Herrschaft des Präsidenten zusammen. Die Oppositionsparteien sahen ihre Existenz zunehmend auf kosmetische Propagandazwecke reduziert. Besonders deutlich wurde ihnen das im Vorfeld der Parlamentswahlen, die 2008 stattfinden sollten; ihre Forderungen nach einer Wahlrechtsreform blieben unbeachtet. Die Arroganz des Saleh-Regimes gipfelte in der Weichenstellung für eine Verfassungsreform im Dezember 2010, die es Saleh letztlich ermöglicht hätte, auf unbestimmte Zeit im Amt zu bleiben (vgl. hierzu Heibach 2011: 92). Zuvor hatte es sogar Spekulationen über die zukünftige Vererbung seines Amtes an seinen Sohn Ahmad, den Chef der Präsidentengarde, gegeben.

Die Opposition

Die oppositionelle Landschaft des Jemen besteht aus einer parlamentarischen und einer außerparlamentarischen Opposition.

Parlamentarische Opposition

Das Parteienbündnis JMP (Joint Meeting Parties) stellt die bedeutendste parlamentarische Oppositionskraft des Jemen dar. Es setzt sich aus der islamistischen Reformpartei (Islah) und der jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP), den beiden größten Oppositionsparteien, zusammen. Dem Bündnis gehören darüber hinaus vier bedeutend kleinere Parteien an. Das Bündnis JMP wurde bereits 2001 im Vorfeld der Parlamentswahlen von

2003 gegründet und trat insbesondere bei den Präsidentschaftswahlen von 2006 durch die Nominierung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten als einheitlich handelnder Block auf. Die JMP sieht sich einigen Herausforderungen gegenüber, die ihre Möglichkeit, Anhänger zu mobilisieren, in den letzten Jahren beschnitten haben. Das größte Handicap ist hierbei ihre eingeschränkte Glaubwürdigkeit. Für viele Jemeniten galt und gilt die JMP als integraler Bestandteil des Saleh-Regimes. Vor allem die islamistische Reformpartei (Islah) zementierte diese Wahrnehmung. Von 1990 bis 1994 war sie staatstragend und wurde erst seit Mitte der 1990er Jahre sukzessive aus dieser privilegierten Situation gedrängt. Die Bande zwischen der Islah und der Regierung wurden allerdings nie völlig durchtrennt. Auch blieben zahlreiche personelle Verknüpfungen zwischen der Islah und der Regierungspartei Allgemeiner Volkskongress (AVK) bestehen. Eine Schlüsselfigur stellte beispielsweise der Vorsitzende der Islah-Partei, Scheich Abdallah Ibn Husain al-Ahmar, dar, der vierzehn Jahre lang Sprecher des Parlamentes und enger Saleh-Loyalist war. In den letzten Jahren wurden allerdings neue Dynamiken innerhalb der Partei sichtbar. Eine jüngere Generation wendet sich zunehmend gegen die Kooptationsversuche des Regimes und sucht eine dezidiert oppositionelle Haltung einzunehmen. Der Tod des Parteivorsitzenden Scheich Abdallah Ibn Husain al-Ahmar im Jahr 2007 machte es möglich, dass sich dieser Wandel weiter zementiert.

Außerparlamentarische Opposition

Seit 2007 vereint im Süden die zunehmend erstarrende Bewegung *al-Hirak* eine breite Mehrheit der Bevölkerung in Opposition zum Saleh Regime auf sich. Diese stellt jedoch keine homogene und geschlossene Bewegung dar, sondern ist eher ein Sammelbecken verschiedener Gruppen und Organisationen. Während radikalere Segmente von *al-Hirak* die Sezession des Südens fordern, gibt es auch moderate Stimmen, die lediglich eine größere Autonomie für den Süden anstreben – zum Beispiel in Form eines föderalistischen Systems. Stein des Anstoßes für die dortige Bevölkerung ist ihre sozioökonomische und politische Marginalisierung. Obwohl sich die Ölvorkommen des Landes vor allem im Süden befinden, bleibt dieser von den daraus erzielten Einnahmen weitestgehend ausgeschlossen. In als partikular empfundene

nen *grievances* wendet sich *al-Hirak* gegen Korruption, Exklusion und das Fehlen von Chancengerechtigkeit im Süden. Auch das Saleh-Regime hat Interesse daran, *al-Hirak* als eine klar separatistische Bewegung darzustellen, um seinem Einflussgewinn in anderen Regionen vorzubeugen.

Im Norden des Landes, in der Provinz Sa'ada, kommt es seit 2004 immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen vom Huthi-Clan angeführten Rebellen und dem Militär. Die Bewegung der Huthi-Rebellen ist stark regional gebunden und kann somit kaum Anhängerschaft über die Grenzen Sa'adas hinaus finden. Von Saleh werden die Huthis zu diesem Zweck auch als dezidiert *schiiitische* Rebellen gebrandmarkt, die vom „feindlichen“ schiiitischen Iran unterstützt würden. De facto aber nimmt die Auflehnung gegen die wirtschaftliche und politische Marginalisierung der Provinz einen hohen Stellenwert in den Forderungen der Rebellen ein. Der Konflikt erhält jedoch zunehmend auch eine konfessionelle Komponente. Die Huthis beklagen die wachsende Förderung ultra-konservativer religiöser (salafistischer) Kräfte vor allem seitens der saudischen Regierung. Salafisten erkennen die schiiitische Konfession nicht als islamisch an und bezeichnen ihre Anhänger als Ungläubige.

Derweil versucht al-Qa'ida die begrenzte Staatlichkeit des Jemen für sich zu nutzen. Dass der Staat sein Gewaltmonopol gegenüber den Stämmen nie eindeutig durchsetzen konnte und manche Regionen sich dementsprechend seiner Kontrolle entziehen und der Regulation durch die dort ansässigen Stämme unterliegen, lässt den Jemen als aussichtsreiches Rückzugsgebiet für das internationale Terrornetzwerk erscheinen. Der Zusammenschluss der saudischen und der jemenitischen al-Qa'ida im Jahr 2009 zur neugegründeten al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) sowie deren bleibendes Angebot an die al-Qa'ida-Führung in Pakistan, ihr Hauptquartier in den Jemen zu verlegen, haben im Westen die Angst geschürt, dass sich der Jemen zur neuen Drehscheibe für den islamistischen Terrorismus entwickeln könnte. Eine besondere Brisanz liegt hierbei in der geostrategischen Lage des Landes. Der Golf von Aden ist ein Nadelöhr für den internationalen Tankerverkehr und somit für die globale Ölversorgung. Die USA bauen deshalb bisher auf Ali Abdallah Saleh als Partner in ihrem „Krieg gegen den Terror“. Trotz der formal bestehenden Kooperation, die es den USA ermöglichen, mit militä-

rischen Aktionen im Jemen gegen al-Qa'ida vorzugehen, ist Salehs tatsächlicher Einsatz bisher jedoch fraglich geblieben.

Die Proteste von 2011

Seit Ende Januar 2011 entwickelten sich im Jemen soziale Massenproteste von einer bisher nicht gekannten Größenordnung. Sie sind auch insofern ein Novum, als dass sich die demonstrierende Jugend, die Huthi-Rebellen sowie die Südbewegungen im Schulterchluss hinter gemeinsame Forderungen gestellt haben:

- den Rücktritt Salehs,
- die Umsetzung demokratischer Reformen und
- die Verwirklichung von „Würde, Freiheit und Gerechtigkeit“ für das Volk.

Bei den Protesten können vier Phasen unterschieden werden.

Phase 1

Am 27. Januar 2011 fand die erste Großdemonstration von 16.000 Demonstranten in der jemenitischen Hauptstadt Sana'a statt. Anders als in Ägypten und Tunesien wurde hier noch nicht der Rücktritt von Saleh gefordert, sondern lediglich demokratische Reformen und die Wiederaufnahme eines nationalen Dialoges unter Beteiligung der verschiedenen jemenitischen Kräfte (vgl. Heibach 2011). Auch waren die Proteste im Jemen im Gegensatz zu denen in Tunesien und Ägypten nicht über lose soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter organisiert worden, sondern von der parlamentarischen Opposition, insbesondere dem Parteienbündnis JMP. Der Konflikt zwischen JMP und dem Saleh-Regime war bereits im Dezember 2010 ausgebrochen, als die kontinuierliche Liberalisierung des politischen Systems ihren Höhepunkt zu erreichen schien. Verfassungsänderungen wurden vorbereitet, die Saleh die erneute Verlängerung seiner Amtszeit ermöglicht hätten. Eine mit Tunesien und Ägypten vergleichbare Massendynamik entfalteten die Proteste in dieser ersten Phase jedoch nicht.

Phase 2

Die zweite Phase begann nach dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 (vgl. hierzu Fürtig 2011). Vom ägyptischen Beispiel befeuert, entfalteten die Proteste im Jemen eine neue Dynamik. Als Kern der Protestbewegung gerieten sich nun Jugendliche und Menschenrechtler, die – ähnlich wie in Ägypten und Tunesien – auch über Facebook und Twitter die Massen mobilisierten. In ihren Forderungen bezogen sie sich explizit auf die dort „erfolgreichen“ Protestbewegungen. Als Forderungen wurden in erster Linie der Rücktritt des Präsidenten und seiner „Clique“, ein Ende der Korruption, demokratische Reformen sowie die Verwirklichung von Freiheit, Würde und Gerechtigkeit erhoben. Herz der Bewegung wurde der in „Platz des Wandels“ umbenannte und mit einer Zeltstadt besetzte Platz vor der Universität Sana'a. Sowohl die Huthi-Rebellen im Norden als auch die Südbewegung hatten sich derweil den Forderungen der Demonstranten angeschlossen und ihre partikularen Forderungen vorerst zurückgestellt. Das Verhältnis zwischen demonstrierender Jugend und JMP zeigte sich als ambivalent. Einerseits schloss sich die JMP weitestgehend der neuen Protestbewegung an. Einige der jungen Oppositionellen sind sogar selbst Mitglied der Oppositionsparteien in der JMP. Andererseits kam und kommt es auch immer wieder zu Spannungen zwischen der Jugend und der besser organisierten und mit mehr Ressourcen ausgestatteten JMP. Letzterer wird mitunter vorgeworfen, die Proteste usurpieren zu wollen und kein glaubwürdiger Verfechter demokratischer Reformen, sondern selbst Teil des bestehenden Regimes zu sein.

Phase 3

Die dritte Phase wurde mit dem brutalen Vorgehen der jemenitischen Sicherheitskräfte am 18. März 2011, als Scharfschützen von Dächern aus in die Demonstrantenmenge schossen und 52 Saleh-Gegner ermordet wurden, eingeleitet. Unmittelbar nach diesem „Freitagmassaker“ kam es zu Absetzbewegungen aus Salehs Gefolgschaft. Mehrere Befehlshaber des Militärs sagten sich vom Regime los und rückten mit Panzern in Sana'a ein, um die Anti-Saleh-Demonstranten zu schützen. Außerdem traten prominente Mitglieder der Regierungspartei Allgemeiner Volkskongress (AVK),

Minister sowie jemenitische Botschafter im Ausland zurück. Saleh hingegen klammerte sich weiter an die Macht und ließ dreimal eine auch von den USA und der EU unterstützte Vermittlungsinitiative des Golfkooperationsrates (GCC) scheitern. Diese hatte die Regelung einer Machtübergabe vorgesehen, in der Saleh Immunität zugesichert werden sollte.

Phase 4

Mit dem dritten Scheitern der GCC-Initiative Ende Mai 2011 begann eine vierte Phase der Eskalation. Die weitestgehend friedlichen Proteste werden seither von gewalttätigen Auseinandersetzungen in drei Grundformen überschattet:

1. von den am 23. Mai 2011 ausgebrochenen Gefechten zwischen Sicherheitskräften und den Gefolgsleuten von Scheich Sadiq al-Ahmar, dem Anführer der bedeutenden Stammeskonföderation der Hashed. Abgesehen von Sadiq al-Ahmar hatten auch weitere Stammesführer aus der bedeutenden al-Ahmar-Familie schon einige Wochen zuvor ihre Loyalität zum Präsidenten aufgekündigt;
2. von zunehmend gewaltsamen Vorgehen von Militär bzw. Sicherheitskräften, insbesondere in Taiz, und daraufhin entfachten Gefechten zwischen Rebellen und den bewaffneten Kräften des Saleh-Regimes;
3. von Auseinandersetzungen zwischen Militär und oppositionellen Stammeskämpfern sowie radikalen Islamisten im Süden, insbesondere in Abyan, in die mit großer Wahrscheinlichkeit auch al-Qa'ida-Kämpfer involviert sind. Die Medien sprechen hier von al-Qaidas Übernahme der Hafenstadt Sinjibar am Golf von Aden.

Dass Saleh bereits zuvor gedroht hatte, dass im Fall seines Rücktritts die Provinz Abyan in die Hände von al-Qa'ida fallen würde, bestätigt die Opposition in ihrer Ansicht, Saleh betreibe eine perfide Eskalationspolitik. Er wolle, so heißt es, seinem bisherigen legitimatorischen Anspruch, dass nur er allein den Jemen vor Staatszerfall und Bürgerkrieg bewahren könne, neues Gewicht verleihen.

Den Höhepunkt der gewaltsamen Eskalationen seit Ende Mai 2011 bildet bislang die Verletzung Salehs durch eine Explosion im Zuge seiner

Auseinandersetzung mit den Stammeskämpfern um Sadiq al-Ahmar und sein Transport zur medizinischen Versorgung nach Saudi Arabien am 5. Juni 2011. Trotz der gewaltsamen Auseinandersetzungen ruft die Protestbewegung auch weiterhin zu politischem Wandel auf friedlichem Wege auf.

Zukunftsperspektiven

Nachdem Saleh den Jemen verlassen hatte, übernahm Vizepräsident Abd Rabu Mansour Hadi die Amtsgeschäfte. Gegenwärtig setzt sich der GCC – vom Westen unterstützt –, für eine Wiederbelebung der gescheiterten Initiative zur graduellen politischen Transition ein. Während die JMP an den Gesprächen teilnimmt, wird sie von den jugendlichen Demonstranten dafür kritisiert. Diese trauen der Aufrichtigkeit der Initiative nicht und werfen der JMP Opportunismus vor. Sie fordern stattdessen, dass unverzüglich ein Transitionsrat gebildet wird. Sie wollen Vizepräsident Hadi dazu bewegen, selbst Teil dieses Rates zu werden. Die JMP hingegen buhlt weiterhin um das Vertrauen der Protestbewegung in ihre demokratischen Absichten. Unterdessen beteuert Hadi zwar seine prinzipielle Bereitschaft für politische Reformen, vertröstet jedoch die Opposition bisher in ihren Forderungen und versichert, dass Saleh bald in den Jemen zurückkehren werde.

Je länger das Machtvakuum andauert, das mit Salehs Abreise entstand, und je mehr sich die sozioökonomische Lage im Land verschlechtert, desto wahrscheinlicher wird, dass sich die derzeitigen gewaltsamen Konflikte ausweiten und die Ziele der pro-demokratischen Kräfte zunichte machen. Entscheidend für den weiteren Verlauf dieser Entwicklung wird die Rolle der al-Ahmar-Familie, des Südens und der pro-demokratischen Kräfte sein.

Die al-Ahmar-Familie

Zweierlei Szenarien sind im Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen der al-Ahmar-Familie und den Söhnen und Neffen von Saleh, die Militär und Sicherheitsdienste kontrollieren, denkbar. Zum einen könnten die Gefechte, die innerhalb der letzten Tage aufgrund einer Waffenruhe eingestellt wurden, erneut ausbrechen und sich dann nicht mehr – wie bisher – auf den Stadtteil Hasaba in Sana'a beschränken, sondern sich zu weitläu-

figeren Stammeskämpfen ausdehnen. Zum anderen wäre es wahrscheinlich, wenn die al-Ahmar-Familie die Auseinandersetzungen für sich entscheiden würde, dass es anstelle demokratischer Reformen lediglich zu einem Coup käme. Obwohl sich einzelne Mitglieder der al-Ahmar-Familie bereits seit Beginn der Demonstrationen mit der Protestbewegung solidarisiert haben, scheinen sie vor allem an der Übernahme der Macht interessiert zu sein.

Der Süden

Bezüglich des Südens sind ebenfalls verschiedene Szenarien denkbar. Einerseits erstarken momentan separatistische Elemente innerhalb der Südbewegungen, die das Szenario einer Sezession immer wahrscheinlicher werden lassen. Andererseits scheint auch ein neuer „pan-jemenitischer“ Nationalismus aufzuflammen, der die Einheit des Landes und den Erfolg der Protestbewegung maßgeblich unterstützen könnte. Lange wurden die Missstände im Süden als exklusiv wahrgenommen. Seit Ausbruch der Proteste im Januar 2011 entwickelt sich jedoch sowohl im Norden als auch im Süden das Bewusstsein, dass der Ausschluss von wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und der Mangel an Chancengleichheit gleichfalls den Norden betreffen. Informelle Patronage-Netzwerke, wie sie das Saleh-Regime geschaffen hat, basieren schließlich per se darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung von den in den Netzwerken bereitgestellten Privilegien ausgeschlossen bleibt.

Das pro-demokratische Lager

Auch die Entwicklungen bei den pro-demokratischen Kräften selbst dürften einen wichtigen Einfluss auf die politische Zukunft des Jemen haben. Einerseits hat die Reformbewegung durchaus einige Aussicht auf Erfolg. Bisher konnte sie eine große Kraft hinter sich vereinen. Obwohl Saleh seine althergebrachten Mittel eingesetzt hatte, um die Protestbewegung zu stoppen (Repression, das Schüren von Angst vor einem Bürgerkrieg und das Angebot von Vergünstigungen an Studenten, um deren politische Stimme zum Schweigen zu bringen), ist ihm dies bisher nicht gelungen. Die momentane Reformbewegung ist auch nicht lediglich eine „Laune der Geschichte“, sondern knüpft an die Erfahrungen aus der liberaleren Phase des Jemen von 1990 bis 1994 und insbesondere an den

Nationalen Dialog von 1993 an. Dieser Dialog war – im Gegensatz zu anderen Ländern der Region – insofern authentisch, als dass er von regierungsunabhängigen zivilgesellschaftlichen Gruppen ins Leben gerufen und getragen wurde, um den sich ankündigenden Bürgerkrieg von 1994 zu verhindern. Die heutige Protestbewegung greift spezifische Forderungen nach politischer Reform von damals explizit auf. Es bleibt jedoch fraglich, ob es ihr gelingen wird, eine breite prodemokratische Allianz aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Insbesondere das ambivalente Verhältnis zwischen JMP und den jugendlichen Demonstranten ist hierbei problematisch. Beide drohen weiter auseinander zu driften und die Protestbewegung in einen dialogbereiten und eine radikalen – nicht dialogbereiten – Teil zu spalten.

Die Zukunft des Jemen wird – abgesehen von diesen innenpolitischen Faktoren – aber auch davon abhängen, wie sich externe Kräfte, allen voran Saudi-Arabien und die USA, positionieren werden. Beide verfolgen im Jemen eigene Interessen und wollen diese bewahrt sehen. Vor allem spielen hierbei die Bekämpfung von al-Qa'ida, die Sicherung der Schifffahrt im Golf von Aden und die Sicherung der jemenitisch-saudischen Grenze eine Rolle.

Literatur

- Alwazir, Atiaf (2011), *The Square of Change in Sana'a: an Incubator for Reform*, in: *Arab Reform Brief*, 48.
- Carapico, Sheila (1998), *Civil Society in Yemen: The political economy of activism in Modern Arabia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Ghorfa, Arab-German Chamber of Commerce and Industry (2010), *Wirtschaftsdaten des Jemen*, 8/2010, online: <www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/Wirtschaftsdaten_Jemen.pdf> (22.06.2011).
- Heibach, Jens (2011), *Die Dynamiken der Proteste im Jemen und ihre Besonderheiten*, in: *Inamo, Sonderheft: Game Over*, 17, Frühjahr, 92-f.
- International Crisis Group (2011), *Popular protest in North Africa and the Middle East (II): Yemen between reform and revolution*, Middle East/North Africa Report, 102, 10. März 2011.
- Phillips, Sarah (2010), *Yemen: On the Brink. What comes next in Yemen?*, Carnegie Paper Series, 107.
- Wedeen, Lisa (2008), *Peripheral Visions: publics, power, and performance in Yemen*, Chicago: University of Chicago Press.

Weblinks:

www.aljazeera.net/
www.bbc.co.uk/
www.daralhayat.com/
www.yemenpost.net/

■ Die Autorin

Annette Büchs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA-Institut für Nahost-Studien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören politischer Islam, soziale Bewegungen sowie Staats-Gesellschaftsbeziehungen im Nahen und Mittleren Osten mit besonderem Fokus auf Ägypten und Jemen.

E-Mail: <buechs@giga-hamburg.de>, <Website: <http://staff.giga-hamburg.de/buechs>>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die politischen Umbrüche in der arabischen Welt werden momentan in dem Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ des Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ sowie im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2010), *Wahlen in Jordanien: Islamistischer Boykott und autoritäre Kontinuität*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Borszik, Oliver (2011), „Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

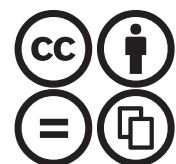
Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter und Sigrud Faath (2011), *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM